

## 8 Wortbruch stoppen: Tarifabschluss muss uneingeschränkt für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen übernommen werden

Eilantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/8784

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 16. März 2009 fristgerecht diesen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Trampe-Brinkmann das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Thomas Trampe-Brinkmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, nach einem Antrag wie dem, über den wir gerade diskutiert haben, jetzt darüber diskutieren zu müssen, was im Ergebnis 1:1 bedeutet. Sie wollen sich um Wirtschaft und Schulbücher kümmern, ohne die grundlegenden Fähigkeiten der Mathematik zu besetzen.

(Beifall von der SPD)

Es ist schon interessant, dass genau diejenigen, die immer mit den Worten auf den Lippen durchs Land gerannt sind, 1:1 werde das Tarifergebnis von Potsdam auch für die Beamten des Landes umgesetzt, heute hier nicht anwesend sind.

Heute ist nicht der Finanzminister anwesend, der noch letztens im Plenum gesagt hat, als ich ihn darauf ansprach, dass dieses Ergebnis 1:1 umgesetzt werde. Heute ist auch nicht der Ministerpräsident hier, der im Januar noch auf dem 50. Jahrestag des Deutschen Beamtenbundes ähnliche oder gleichlautende Aussagen gemacht hat.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Aber lassen Sie uns das Ergebnis von Potsdam anschauen! Es hat lange gedauert, bis wir dorthin gekommen sind. Ich darf den Gewerkschaften gratulieren, mit welcher Kampfbereitschaft, aber auch mit welcher Intensität Sie dieses Ergebnis erzielt haben, das 5,8 % Gehaltsverbesserungen für die Angestellten der Länder bedeutet.

Es bedeutet ab dem 01.03. plus 3 %, ab dem 01.03.2010 noch einmal 1,2 % oben drauf, für Januar und Februar je 20 € Einmahlzahlung, ab März 40 € Sockelbetrag, auf den die prozentuale Steigerung aufgesetzt wird. Und dies gilt für den Bereich der Angestellten. Wie gesagt, es ging immer darum, dieses Ergebnis 1:1 umzusetzen.

Was haben wir nicht alles erlebt? Wir haben eine Diskussion im Landtag erlebt, in der der Kollege Möbius, in der der Kollege Klein als Sprecher ihrer Fraktion immer wieder erklärt haben, es gehe um eine 1:1-Umsetzung. Auch die Landesregierung hat entsprechende Aussagen gemacht. Was passiert bundesweit?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, der Kollege Henke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Ich möchte Sie unterbrechen, um zu fragen, ob Sie sie zulassen.

**Thomas Trampe-Brinkmann (SPD):** Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Henke.

**Rudolf Henke (CDU):** Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich möchte gerne wissen, ob Sie bei der Aufzählung der einzelnen Elemente des in Potsdam erzielten Ergebnisses jetzt absichtlich oder unabsichtlich darauf verzichtet haben, den Wegfall des Leistungsentgelts zu nennen und zu bewerten. Ich frage Sie weiter, in welcher Höhe Sie den Wegfall des Leistungsentgelts finanziell beziffern.

**Thomas Trampe-Brinkmann (SPD):** Herr Kollege, ich danke Ihnen für diese Frage. Das gibt mir Gelegenheit, in der Antwort darauf aufmerksam zu machen, dass gerade in den schwarz geführten Landesregierungen in Hamburg, in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg genau diese Frage von Mitgliedern Ihrer Partei nicht gestellt wird und in Regierungsverantwortung dort dieses Ergebnis 1:1 umgesetzt wurde.

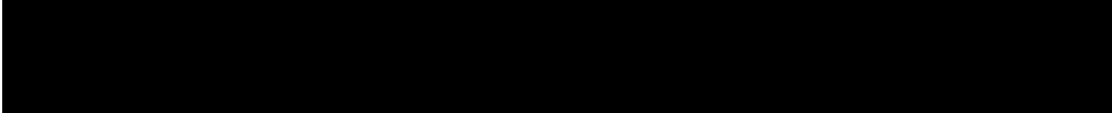
(Beifall von der SPD)

Sie haben mit Ihren Aussagen eine enorme Erwartungshaltung geweckt. Seit über einem Jahr sind Sie hier unterwegs und kommen Ihrer Verantwortung nicht nach.

Wenn Sie die Frage nach der leistungsorientierten Bezahlung stellen und den Wegfall für den Angestelltenbereich ansprechen, dann darf ich Sie daran erinnern, wie Ihre Politik seit 2005 in diesem Hause aussieht: Kürzungen der Sonderzuwendungen, also Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, Besoldungsanpassungen 2007, 2008, Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der allgemeinen Gefahrenzulage, Verlängerung der Wochenarbeitszeit, eben mal mit einem Artikelgesetz, jetzt das Landesbeamtengesetz, in dem Sie noch einmal einen draufsetzen und die Lebensarbeitszeit der Beamten auf 67 Jahre festsetzen, ohne dass hier entsprechende andere Regelungen aus der Rentengesetzgebung möglich wären.

Sie spielen die Beamten und die Angestellten des Landes gegeneinander aus.

(Beifall von der SPD)



Es ist schon heuchlerisch, wenn Sie solche Fragen hier stellen, da ich von einem Kollegen gerade eine E-Mail auf dem Tisch liegen habe - ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren -:

Auch ich bin beunruhigt wegen der von Ihnen genannten Gerüchte. In der Fraktionssitzung der letzten Woche ist über die Problematik nicht gesprochen worden. Wenn ich Genaueres weiß, werde ich Sie informieren. Übrigens: Auch ich komme aus dem öffentlichen Dienst und weiß, wie jahrelang gekürzt wurde. Mit freundlichen Grüßen, Michael Solf, Mitglied Ihrer Fraktion, Datum von gestern.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Der Mensch läuft hier durch die Gegend und ist heuchlerisch, weil er immer noch nicht erklären kann, was Ihr Finanzminister schon längst erklärt hat und welche Einschnitte Sie hier an dieser Stelle machen wollen.

(Beifall von der SPD)

Und die GEW zitiert Ihren Finanzminister: Es müsste uns schon der Himmel über dem Kopf zusammenbrechen, wenn wir dieses Ergebnis nicht 1:1 umsetzen.

Wissen Sie was? Das hat mich sofort an die Asterix-Comics erinnert. In diesem von dem Zaubertrank geschwängerten Dorf der Gallier gab es auch den ehrlichen Kaufmann, der hieß Verleihnix. Das Einzige, wozu seine Waren, nämlich die gammigen Fische, dienten, waren Wurfgeschosse gegen die verbeamteten römischen Legionen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Auch Lügrix!)

- Lügrix und Taugrix, die gab es da auch. - Diese Beamten des Landes unterliegen einem besonderen Treueverhältnis. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht, der der zum wiederholten Male nicht nachkommt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von daher möchte ich Sie an dieser Stelle auffordern: Überdenken Sie Ihre Position - Sie können das Vertrauen der Beamtenschaft des Landes vielleicht ein Stück weit zurückgewinnen, wenn Sie Ihre Position an dieser Stelle verändern -, nehmen Sie den Protest der Beamtinnen und Beamten dieses Landes wahr, stehen Sie zu Ihrer Aussage 1:1 und ohne Wenn und Aber, beenden Sie endlich diese Tarifflüge, die Sie aufgebaut haben! Die Beamtinnen und Beamten des Landes sind nicht die Sparschweine. Aus diesem Grunde möchte ich im Namen meiner Fraktion für diesen Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Trampe-Brinkmann. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Möbius das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

